

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018**

Sitzungstermin:	Dienstag, 06.03.2018
Sitzungsbeginn:	16:02 Uhr
Sitzungsende:	17:54 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Andreas Sankewitz- SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Ingo Schaffenberg- SPD

Aydin Candan- SPD

Vertretung für: Herrn Peter Petereit

Ragnar Harald Lüttke- FREIE WÄHLER&DIE LINKE

Vertretung für: Frau Katjana Zunft

Heidemarie Menorca- CDU

Ulrike Siebdrat- SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Nil Gersdorf- CDU

Jean Paul Köpsell- SPD

Bernd Mewes- BfL

Volker Nehrhoff- CDU

Vertretung für: Herrn Thomas Thalau

Joachim Schlitzke- FDP

Jens Uwe Schulz- grün+alternativ+links (GAL)

Vertretung für: Herrn 2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel

Simone Stojan- Bü90/DIEGRÜNEN

Vertretung für: Frau Michelle Akyurt

Sieglinde Thors- CDU

Vertretung für: Herrn Henning Stabe

Verwaltung

Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales

Dr. Gerhard Bender- 2.530

Josephine Garbe-Dreßler-

Reinhard Glenk- Schule und Sport

Manuel Hertz- FBC FB2

Ulrich Kewitz-

Philipp Köhler-

Elke Sasse- 1.160 - Frauenbüro	
Matthias Schröder- APH-Verwaltung	
Claudia Schwartz- Soziale Sicherung	
Anke Seeberger- 2000.2 - Stabsstelle Integration, FB 2	
Vivien Wolgast- Jobcenter Lübeck	
Dr. Michael Hamschmidt- Gesundheitsamt	
Protokollführung	
Britta Bormann-	
Gäste	
Beate Herrmann- 2.502 - Personalrat SIE	
Peter Jugert- Seniorenbeirat	
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN	fehlt entschuldigt
2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- grün+alternativ+links (GAL)	fehlt entschuldigt
Peter Petereit- SPD	fehlt entschuldigt
Henning Stabe- CDU	fehlt entschuldigt
Thomas Thalau- CDU	fehlt entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Natalie Regier- BfL	fehlt entschuldigt
Katjana Zunft- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 06.02.2018
5.	Mitteilung des Vorsitzenden
6.	Berichte
6.1.	Vorstellung der Handlungsempfehlungen zum Psychiatriebericht -mündlicher Bericht Herr Dr. Hamschmidt-
6.2.	Sachstand "VONOVIA/Brüder-Grimm-Ring" (Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen) -mündlicher Bericht Frau Schwartz/Frau Wolgast-
6.3.	Integrationsmonitoring Indikatoren zum Stand der Integration in der Hansestadt Lübeck Zwischenbericht 2016/2017 Vorlage: VO/2018/05793
6.4.	Bericht auf Grundlage von VO Nr. 5496 aus der Bürgerschaftssitzung vom 30.11.17 Austauschvorlage zu VO 2017/05171 - Bericht zu der Entwicklung einer Jugendberufsagentur in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2018/05797
7.	Beschlussvorlagen
7.1.	Wohnperspektive für Geflüchtete Vorlage: VO/2018/05751
8.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
9.	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
9.1.	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 06.03.2018 Vorlage: VO/2018/05834
9.2.	Assessment-Center zur Auswahl einer Bereichsleitung für die SIE

9.3.	Sachstand BAföG
9.4.	Winterhilfe für Obdachlose
10.	Anfragen von Ausschussmitgliedern/Antworten
10.1.	Sprachkurse für Flüchtlinge und Teilnahme zwecks Integration -Anfrage AM Michelle Akyurt- (vertagt in der Sitzung am 06.02.2018) Vorlage: VO/2018/05687
10.2.	Die Situation der Lübecker Tafel -Anfrage AM Michelle Akyurt- Vorlage: VO/2018/05885
11.	Anträge von Ausschussmitgliedern
11.1.	AT zu Antrag des AM Rolf Klinkel [GAL]: Veröffentlichung der Verwaltungsrichtlinien für die Leistungsgewährung des Bereiches Soziale Sicherung [VO/2017/05453] (vertagt am 07.11.2017/05.12.2017/06.02.2018) Vorlage: VO/2017/05479
12.	Verschiedenes
19.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
-------------	--

Der Vorsitzende eröffnet die 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013/2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, VertreterInnen der Verwaltung, Herrn Jugert (Seniorenbeirat), einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Außerdem heißt der Vorsitzende Frau Garbe-Dreßler willkommen, die künftig Frau Bormann als Geschäftsführerin des Ausschusses vertreten wird.

Herr Petereit, Herr Stabe, Herr Thalau, Frau Akyurt und Frau Zunft werden durch Herrn Candan, Frau Thors, Herrn Nehrhoff, Frau Stojan und Herrn Lüttke vertreten.

Frau Regier fehlt ohne Vertretung.

Der Vorsitzende verpflichtet Frau Stojan gemäß § 46 Abs. 6 GO durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 2	Feststellung der Beschlussfähigkeit
-------------	--

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3	Feststellung der Tagesordnung
-------------	--------------------------------------

Es ist vorgesehen, die Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit um den Bericht „Entwicklung einer Jugendberufsagentur in der Hansestadt Lübeck“ zu erweitern.

Herr Glenk begründet die Dringlichkeit. Der Ausschuss beschließt die Dringlichkeit der Angelegenheit einstimmig; der Bericht wird dem TOP 6.4 zugeordnet.

Unter dem TOP 9 – Mitteilungen aus dem Fachbereich 2 – werden weiterhin folgende Mitteilungen gegeben:

9.3 Sachstand BAföG

9.4 Winterhilfe für Obdachlose

Die Anfrage von Frau Akyurt zum Thema „Situation der Lübecker Tafel“ wird dem TOP 10.2 zugeordnet.

Herr Schulz, der heute für den erkrankten Herrn Klinkel anwesend ist, beantragt erneut die Vertagung des TOP 11.1 (AT zu Antrag AM Klinkel betr. Veröffentlichung der Verwaltungsrichtlinien für die Leistungsgewährung des Bereiches Soziale Sicherung).

Gegen die beantragte Vertagung wird von den Ausschussmitgliedern kein Widerspruch erhoben.

Der Zuordnung der Tagesordnungspunkte 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit mit der beschlossenen Erweiterung/Vertagung festgestellt.

zu 4	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 06.02.2018
-------------	---

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände erhoben.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

zu 5	Mitteilung des Vorsitzenden
-------------	------------------------------------

Dem Vorsitzenden liegt ein Schriftsatz von Herrn Amon - „Mobile Dienste“ - vom 21.02.2018 zum Thema „Vergütungen von Pflegesachleistungen für Menschen mit Pflegestufe 0 und Pflegegrad 1“ vor. In diesem Schreiben bittet Herr Amon den Ausschuss um Unterstützung, da in dieser Angelegenheit „seit Jahren mit dem Sozialamt kein Weiterkommen“ sei.

Der Ausschuss ist einverstanden, dass der Vorsitzende den o.a. Schriftsatz zunächst an die Verwaltung weiterreicht, damit von dort in der nächsten Ausschusssitzung eine Stellungnahme erfolgt.

zu 6	Berichte
-------------	-----------------

zu 6.1	Vorstellung der Handlungsempfehlungen zum Psychiatriebericht -mündlicher Bericht Herr Dr. Hamschmidt-
---------------	--

Herr Dr. Hamschmidt berichtet mündlich zum Thema.
Die Ausführungen sind in dem der Niederschrift als Anlage beigefügten Vermerk zusammen-

gefasst.

Anschließend beantwortet Herr Dr. Hamschmidt Fragen von Frau Menorca (Wohnungsstandard, Betreuung in der Wohnung, Erhöhung der Platzzahlen in der Eingliederungshilfe).

Frau Menorca wünscht sich nähere Informationen zum Bundesteilhabegesetz.
Frau Schwartz sagt dies zu.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

zu 6.2 Sachstand "VONOVIA/Brüder-Grimm-Ring" (Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen) -mündlicher Bericht Frau Schwartz/Frau Wolgast-
--

Frau Schwartz und Frau Wolgast führen zu der o.a. Problematik aus.
Derzeit sind sieben Bedarfsgemeinschaften aus dem SGB XII und 9 Bedarfsgemeinschaften aus dem SGB II betroffen.

In 2 Fällen aus dem SGB XII erfolgte keine Reaktion auf die Anschreiben der zuständigen Leistungsabteilung; hier erfolgte letztlich eine Kürzung auf die Mietobergrenze.

In 4 der 9 SGB II-Fällen sind die Mieten angemessen, in 5 Fällen wird die Mietobergrenze überschritten. Davon wiederum verfügen 4 Familien über Erwerbseinkommen und decken die übersteigende Miete aus ihrem Freibetrag für Erwerbstätige.

Frau Schwartz verweist auf die Anfang 2017 geschlossene Kooperationsvereinbarung zwischen der Hansestadt Lübeck und dem Deutschen Mieterverein.

Aufgrund dieser Vereinbarung haben bisher 21 LeistungsempfängerInnen von der Verwaltung (Bereich Soziale Sicherung/Jobcenter) Kostenübernahmeerklärungen für den Jahresbeitrag (60,00 €) erhalten, damit sie ihre Ansprüche gegenüber ihren Vermietern durchsetzen können.

Abschließend beantwortet Frau Schwartz Fragen des Vorsitzenden sowie von Frau Menorca.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

zu 6.3 Integrationsmonitoring Indikatoren zum Stand der Integration in der Hansestadt Lübeck Zwischenbericht 2016/2017 Vorlage: VO/2018/05793
--

Herr Köhler führt kurz zum Thema aus.

Herr Schulz erklärt, es falle ihm schwer, Schlüsse aus dem „Bericht“ zu ziehen; Herr Dr. Bender räumt ein, es handele sich hier um eine reine Datensammlung.

Frau Menorca stellt einige Fragen zu den Tabellen auf Seite 17 des Berichts (Schuleingangsuntersuchungen); diese werden von Herrn Köhler und Herrn Dr. Bender beantwortet.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 6.4 Bericht auf Grundlage von VO Nr. 5496 aus der Bürgerschaftssitzung vom 30.11.17
Austauschvorlage zu VO 2017/05171 - Bericht zu der Entwicklung einer Jugendberufsagentur in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2018/05797**

Herr Glenk berichtet zum Thema.

Frau Menorca äußert sich dazu kritisch.

Es sprechen außerdem Herr Nehrhoff, Herr Tag sowie der Vorsitzende.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 7 Beschlussvorlagen

**zu 7.1 Wohnperspektive für Geflüchtete
Vorlage: VO/2018/05751**

Beschlussvorschlag:

Der Bürgerschaftsbeschluss (VO/2017/05593) „Wohnperspektive für Geflüchtete schaffen, Standardgröße u. -ausstattung bei der Unterbringung Geflüchteter verbessern“ vom 30.11.2017 und 12.12.2017 wird wie folgt abgeändert:

- 1. Die soziale Durchmischung in den Unterkünften wird im Interesse der geflüchteten Menschen als auch der Nachbarschaften weiterhin gewährleistet.*
- 2. Umzüge werden vorrangig innerhalb der Unterkunft realisiert, um das persönliche Umfeld weiterhin zu gewährleisten.*
- 3. Die Umsetzung erfolgt nicht ad hoc, sondern sukzessive. Es werden vor allem die durch Auszüge frei werdenden Räume genutzt.*
- 4. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der bestehenden Unterkünfte, ggfs. auch durch Mietvertragsverlängerung.*
- 5. Erforderlichkeit von Lernzimmern, insbesondere im Schärenweg/Polarisweg, werden mit Blick auf die besondere Form der Unterbringung (Neustädter Häuschen) gesondert betrachtet.*
- 6. Die beschlossenen Raumrichtwerte werden bei der Belegung grundsätzlich berücksichtigt. Es können unter Berücksichtigung persönlicher Strukturen, der Herkunftslän-*

der, Glaubensrichtungen, Krankheiten und familiären Strukturen der Geflüchteten sowie möglicher Familiennachzüge und besonderer räumlicher Strukturen etc., Ausnahmen erfolgen.

Frau Schwartz bestätigt Frau Stojan auf Nachfrage, dass eine quartalsweise Berichterstattung im Ausschuss über die Umsetzung (siehe Bürgerschaftsbeschluss) weiterhin vorgesehen ist.

Herr Schulz stellt Fragen zu Ziffer 5. und 6. des Beschlussvorschlags, die von Frau Schwartz und Herrn Kewitz beantwortet werden, und äußert sich kritisch zu der zeitlichen Umsetzung (Ziffer 3.). Er werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Frau Schwartz verweist in diesem Zusammenhang auf den noch nicht genehmigten städtischen Haushalt sowie auf die Tatsache, dass bei Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses vom 30.11./12.12.2017 ca. 140 Unterbringungsplätze zu wenig vorhanden gewesen wären.

Herr Lüttke äußert ebenfalls Bedenken; die Umsetzung sei kritisch zu beobachten.

Es sprechen weiterhin Frau Menorca, Herr Schaffenberg und der Vorsitzende.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 1 Nein-Stimme und 13 Ja-Stimmen, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

Es liegt nichts vor.

zu 9 Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

zu 9.1 Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 06.03.2018 Vorlage: VO/2018/05834

Die Liste liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.2 Assessment-Center zur Auswahl einer Bereichsleitung für die SIE
--

Herr Senator Schindler berichtet, dass das Assessment-Center von den 7 eingeladenen (davon 5 erschienenen) BewerberInnen eine Person einstimmig ausgewählt hat. Eine Entscheidung über die Beschlussvorlage zur Wiederbesetzung der Stelle wird der Hauptausschuss voraussichtlich in seiner Sitzung am 24.04.2018 treffen.

Außerdem spricht Frau Menorca.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.3 Sachstand BAföG

Frau Schwartz berichtet von 28 „Altanträgen“, die bisher noch nicht beschieden wurden, sowie über die derzeitige Personalsituation (externe Ausschreibung zweier Stellen, ausreichende Bewerberzahl).

Außerdem wird verwiesen auf die neu eingeführte Online-Terminvergabe; eine „offene Sprechstunde“ (freitags in der Zeit von 8.00 – 12.00 Uhr) gibt es weiterhin.

Nach Aussage des Vorsitzenden ist die Entwicklung in den letzten Monaten insgesamt als „erfreulich“ zu bezeichnen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.4 Winterhilfe für Obdachlose

Herr Senator Schindler nimmt Bezug auf den Bericht bei hl-live vom 28.02.2018 mit der Überschrift „Linke: Mehr Winterhilfe für Obdachlose“ und bezieht Stellung zu einzelnen Formulierungen aus dem Artikel. Er selbst und auch seine MitarbeiterInnen seien irritiert und verärgert darüber.

Herr Lüttke wird die Kritik „mitnehmen“.

Es sprechen außerdem Frau Menorca, Herr Schaffenberg und Frau Stojan (Plätze für Obdachlose in der Dr.-Julius-Leber-Str.).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10 Anfragen von Ausschussmitgliedern/Antworten

zu 10.1 Sprachkurse für Flüchtlinge und Teilnahme zwecks Integration

**-Anfrage AM Michelle Akyurt-
(vertagt in der Sitzung am 06.02.2018)
Vorlage: VO/2018/05687**

Herr Senator Schindler führt aus, zu der sehr vielschichtigen Anfrage von Frau Akyurt wurden seitens der Verwaltung einige Fragen zuständigkeithalber an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) weitergegeben.

Es wird daher um Beantwortung der Anfrage insgesamt zu einem späteren Zeitpunkt (Herr Köhler: in der nächsten Sitzung) gebeten.

Der Ausschuss ist mit einer Vertagung der Angelegenheit einverstanden.

**zu 10.2 Die Situation der Lübecker Tafel
-Anfrage AM Michelle Akyurt-
Vorlage: VO/2018/05885**

Frau Stojan begründet kurz die Anfrage von Frau Akyurt; diese habe präventiven Charakter im Hinblick auf die derzeitige Situation bei der Essener Tafel.

Es besteht Einvernehmen, einen Vertreter/eine Vertreterin der Lübecker Tafel zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen.

Es sprechen Frau Schwartz, Herr Lüttke (zu Ziffer 7. der Anfrage), Herr Senator Schindler sowie der Vorsitzende.

***Frau Stojan beantragt die Vertagung der Angelegenheit.
Der Ausschuss ist mit einer Vertagung einverstanden.***

zu 11 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 11.1 AT zu Antrag des AM Rolf Klinkel [GAL]: Veröffentlichung der Verwaltungsrichtlinien für die Leistungsgewährung des Bereiches Soziale Sicherung [VO/2017/05453]
(vertagt am 07.11.2017/05.12.2017/06.02.2018)
Vorlage: VO/2017/05479**

Vertagt (siehe TOP 3)

zu 12 Verschiedenes

Frau Menorca fragt im Hinblick auf die Kommunalwahl am 06.05.2018 und die Neubesetzung der Ausschüsse durch die Bürgerschaft am 14.06.2018 an, ob die für Mai und Juni geplanten Sitzungen des Ausschusses für Soziales stattfinden sollen.

Im Hinblick auf die von der Verwaltung noch zu klärenden Punkte hält Herr Senator Schindler die Durchführung zumindest der Mai-Sitzung unbedingt für erforderlich.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Dienstag, den 08.05.2018, um 16.00 Uhr im VZM statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
--

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil das Protokoll der letzten Sitzung genehmigt wurde.

Lübeck, den 9. Mai 2018

Andreas Sankewitz
Vorsitzende/r

Britta Bormann
Protokollführung